

## **2.4 Arbeitsgruppen/Kommissionen**

In der Satzung der agah ist u.a. festgelegt, dass Kommissionen und Arbeitsgruppen zur Unterstützung der Arbeit des Plenums und des Vorstandes eingerichtet werden können. Grundsätzlich ist vorgesehen, dass über die Einrichtung die Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Delegierten entscheidet. Allerdings können sie in Einzelfällen auch vom Vorstand einberufen werden.

Der Ansatz, im Interesse einer erfolgversprechenden Arbeit nur zu Sitzungen und Fragestellungen einzuladen bzw. Arbeitsgruppen einzurichten, an denen größeres Interesse gezeigt wird und Bedarf feststellbar war, wurde fortgeführt. Damit soll ein kontinuierliches Arbeiten sichergestellt werden, das am besten bei entsprechendem Interesse der Teilnehmer/innen am Thema gewährleistet wird.

Im Berichtszeitraum war im Vergleich zu den vergangenen Zeiträumen wieder ein gestiegenes Interesse an thematisch vielfältigen Arbeitsgruppen sichtbar. Dies betrifft vor allem die AG „Weiterentwicklung der Ausländerbeiräte“ und „Interreligiösen Dialog“. Allerdings waren nicht alle der eingerichteten Arbeitsgruppen auf Dauer arbeitsfähig und stellten mangels ausreichender Teilnehmer/innen nach einigen Sitzungen ihre Arbeit wieder ein, so die AG „Jugend“ und die AG „Medien“. Feste und seit Jahren kontinuierlich arbeitende Arbeitsgruppen waren weiterhin die AG „Recht“ und AG „Geschäftsführer/innen“.

### **2.4.1 Antragskommission**

Aufgabe der Antragskommission ist die Beratung der an das Plenum gerichteten Anträge vor jeder Plenarsitzung der agah sowie die Aussprache von Empfehlungen zur Beschlussfassung.

Die Antragskommission besteht aus sieben Personen, die von der Mitgliederversammlung für die Dauer von zwei Jahren gewählt werden. Die Amtsperiode ist der des agah-Vorstandes angeglichen.

Bis zur Neuwahl am 25.11.2006 gehörten der Antragskommission an:

## Arbeitsgruppen / Kommissionen

---

✍ Fatmir Alili	AB Lohfelden
✍ Luigi Cavone	AB Hanau
✍ Susan Hensel	KAB Rheingau-Taunus
✍ Abidin Kilic	AB Kassel
✍ Jean-Marie Langlet	KAV Frankfurt
✍ Brijinder Singh	AB Dietzenbach
✍ Cehver Tan	AB Pohlheim

Die Kommission tagte am 30.01.2006.

Von November 2006 bis November 2008 waren Mitglieder der Kommission:

✍ Samer Aboutara	AB Friedrichsdorf
✍ Seyhan Azak	AB Egelsbach
✍ Tindaro Canciglia	AB Dreieich
✍ Atilla Ilkan	AB Hanau
✍ Chantal Le Nestour	AB Oberursel
✍ Nikola Pengacevic	AB Dietzenbach
✍ Hacer Yontar	AB Darmstadt

Die Kommission konstituierte sich am 20.02.2007. Zum Sprecher der Kommission wurde Nikola Pengacevic, zu seiner Stellvertreterin Hacer Yontar gewählt. Die Kommission tagte im Berichtszeitraum am 20.02.2007, 28.08.2007, 13.11.2007, 01.03.2008, 14.06.2008, 30.08.2008, 12.11.2008 und gab regelmäßig Empfehlungen zu allen Anträgen ab. Einmal erfolgte diese Abstimmung auf elektronischem Weg.

Im November 2008 wurden folgende Mitglieder bestätigt oder neu in die Kommission gewählt:

✍ Samer Aboutara	AB Friedrichsdorf
✍ Seyhan Azak	AB Egelsbach
✍ Atilla Ilkan	AB Hanau
✍ Peter Mayr	AB Seligenstadt
✍ Chantal Le Nestour	AB Oberursel
✍ Nikola Pengacevic	AB Dietzenbach
✍ Cedet Ugur	AB Steinbach

Auch die Mitglieder dieser Kommission trafen sich regelmäßig zur Beratung zu allen Anträgen, im Berichtszeitraum am 28.02.2009, 20.05.2009, 26.09.2009 und am 28.11.2009. Nikola Pengacevic wurde in seiner Funktion als Sprecher der Kommission bestätigt.

Die Antragskommission legte dem Plenum, insbesondere seit Anfang 2007, Beschlussempfehlungen zu allen eingegangenen Anträgen vor.

### **2.4.2 Haushaltskommission**

Die Haushaltskommission setzt sich aus dem Vorstand, der Geschäftsführerin und sieben vom Plenum gewählten Personen zusammen.

Bis zur Neuwahl am 25.11.2006 waren dies:

☞ Fatmir Alili	AB Lohfelden
☞ Kudret Altindag	AB Baunatal
☞ Luigi Cavone	AB Hanau
☞ Bilal Deniz	AB Lauterbach
☞ Marcel Dossou	AB Gießen
☞ Abidin Kilic	AB Kassel
☞ Cehver Tan	AB Pohlheim

Im Zeitraum November 2006 bis November 2008 wurden vom Plenum folgende Personen in die Haushaltskommission gewählt:

☞ Tindaro Canciglia	AB Dreieich
☞ Donato Girardi	AB Weiterstadt
☞ Suayip Günler	AB Kassel
☞ Abidin Kilic	AB Kassel
☞ Nikola Pengacevic	AB Dietzenbach
☞ Merdol Solmaz	AB Langen
☞ Cevdet Ugur	AB Steinbach

Seit November 2008 sind Mitglieder der Haushaltskommission:

☞ Samer Aboutara	AB Friedrichsdorf
☞ Dr. Ida Kurth	AB Bad Homburg
☞ Peter Mayr	AB Seligenstadt

☞ Baris Mehder	AB Lich
☞ Dursun Parlak	AB Darmstadt
☞ Bayram Serin	AB Wetzlar
☞ Annie Steinhaus	AB Babenhausen

Die Aufgabe der Haushaltskommission besteht in der Auswertung eingereicherter Änderungsvorschläge zu dem jährlichen Haushaltsentwurf und ggf. in der Überarbeitung des Entwurfs. Sie ist darüber hinaus vom Vorstand zu konsultieren, falls nach Verabschiedung des Haushaltsplanes durch das Plenum von Seiten des Landes Änderungen erbeten werden.

Im Berichtszeitraum waren keine Sitzungen der Haushaltskommission notwendig.

### **2.4.3 Stellenkommission**

Die Stellenkommission der agah ist verantwortlich für die Erstellung von Stellenausschreibungen sowie Personalauswahl bei Neueinstellungen für die agah-Geschäftsstelle. Die Kommission besteht aus 15 Personen (sieben Vorstandsmitglieder, die Geschäftsführerin und sieben vom Plenum gewählte Personen). Da keine Neueinstellungen erfolgten, war keine Zusammenkunft notwendig.

Mitglieder der Stellenkommission waren neben Vorstand und Geschäftsführerin:

bis November 2006:

☞ Tindaro Canciglia	AB Dreieich
☞ Luigi Cavone	AB Hanau
☞ Abdulkerim Demir	AB Fulda
☞ Bilal Deniz	AB Lauterbach
☞ Salih Dogan	AB Wiesbaden
☞ Susan Hensel	KAB Rheingau-Taunus
☞ Brijinder Singh	AB Dietzenbach

Von November 2006 bis November 2008:

☞ Seyhan Azak	AB Egelsbach
☞ Tindaro Canciglia	AB Dreieich
☞ Donato Girardi	AB Weiterstadt
☞ Haci Hacioglu	KAV Frankfurt am Main
☞ Nikola Pengacevic	AB Dietzenbach
☞ Merdol Solmaz	AB Langen
☞ Cevdet Ugur	AB Steinbach

Seit November 2008:

☞ Samer Aboutara	AB Friedrichsdorf
☞ Seyhan Azak	AB Egelsbach
☞ Abdulkerim Demir	AB Fulda
☞ Donato Girardi	AB Weiterstadt
☞ Chantal Le Nestour	AB Oberursel
☞ Nicola Pengacevic	AB Dietzenbach
☞ Annie Steinhaus	AB Babenhausen

#### **2.4.4 Satzungskommission**

Hintergrund der Einrichtung einer, von vorn herein mit einem bestimmten und zeitlich begrenzten Auftrag versehenen Kommission, war vor allem die Tatsache, dass bei der Ausländerbeiratswahl im November 2005 der damalige Vorsitzende der agah überraschenderweise nicht mehr in seinen kommunalen Beirat gewählt wurde und damit automatisch zum Ablauf der kommunalen Amtsperiode auch sein Mandat als agah-Vorsitzender verlor.

Um künftig ein mögliches Vakuum bzw. eine Situation zu verhindern, dass die agah über Monate hinweg keine/n Vorsitzende/n hat, wurde die Kommission damit beauftragt, einen Änderungsvorschlag zur Satzung vorzubereiten, der am Prinzip, dass lediglich demokratisch gewählte Mitglieder kommunaler Ausländerbeiräte im Vorstand der agah vertreten sein können, zwar nicht rütteln, dennoch aber eine flexiblere Lösung für vergleichbare Situationen finden sollte.

Zudem gab es aus Sicht vieler Delegierter und ihrer Ausländerbeirä-

te Regelungsbedarf hinsichtlich der Amtsdauer des Vorstandes und dem Nominierungsverfahren. Eine Amtsdauer für den agah- Vorstand von bisher zwei Jahren sei durch die Verlängerung auf fünf Jahre der Wahlperiode der kommunalen Beiräte unangemessen kurz und verhindere Kontinuität. Spontanbewerbungen bei Vorstandswahlen, die quasi am Tag der Wahl ‚aus der Hüfte‘ geschossen würden, seien bei einer auf Landesebene arbeitenden Organisation schwierig, da damit eine Abstimmung und Rückkoppelung der Delegierten mit ihren Beiräten im Vorfeld der Wahl unmöglich ist.

Die Satzungskommission, deren Einsetzung auf einem Vorstandsbeschluss aus dem August 2007 beruht, und Ergebnis einer mehrmonatigen Diskussion innerhalb der agah und des Vorstandes ist, traf sich erstmals am 12. November 2007. Zur Teilnahme geladen waren alle Mitgliedsbeiräte der agah. In zwei weiteren Sitzungen am 07.01.2008 und 31.01.2008 erarbeitete die AG insgesamt 7 Anträge auf Satzungsänderung und einen Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung.

Wesentliche Neuerungen dieser Anträge waren:

- Die Amtszeit der Vorstandes beträgt 2 1/2 statt bisher 2 Jahre.
- Kandidaturen für ein Vorstandsamt sind schriftlich und spätestens 3 Wochen vor dem Wahltermin anzuzeigen.
- Beim Ausscheiden aus einem kommunalen Ausländerbeirat endet das Amt eines Vorstandsmitglieds mit Ablauf der Wahlperiode des agah-Vorstandes (bisher beim Ausscheiden aus dem kommunalen Beirat).
- Benannte Kreisausländerbeiräte und Integrationsbeiräte können Mitglieder der agah ohne Stimmrecht werden.
- Aufnahmen in die agah erfolgen grundsätzlich bei Anwesenheit eines Vertreters in der betreffenden Sitzung.

Die Anträge wurden am 01. März 2008 auf der Delegiertenversammlung ohne inhaltliche Änderung einstimmig oder mit überwiegender Mehrheit angenommen.

### 2.4.5 Kassenprüfer/innen

Jeweils für die Amtsdauer des Vorstandes werden drei Kassenprüfer/innen vom Plenum gewählt, die einmal jährlich die Revision der agah-Kasse durchzuführen haben und das Plenum über das Ergebnis ihrer Prüfung unterrichten.

Gewählte Kassenprüfer bis November 2006 waren:

- |   |                    |               |
|---|--------------------|---------------|
| ✍ | Tindaro Canciglia  | AB Dreieich   |
| ✍ | Luigi Cavone       | AB Hanau      |
| ✍ | Jean-Marie Langlet | KAV Frankfurt |

Im Zeitraum November 2006 bis November 2008:

- |   |                    |                   |
|---|--------------------|-------------------|
| ✍ | Samer Aboutara     | AB Friedrichsdorf |
| ✍ | Tindaro Canciglia  | AB Dreieich       |
| ✍ | Mustafa Yilmazoglu | AB Gelnhausen     |

Seither üben dieses Amt aus:

- |   |                |                   |
|---|----------------|-------------------|
| ✍ | Samer Aboutara | AB Friedrichsdorf |
| ✍ | Dr. Ida Kurth  | AB Bad Homburg    |
| ✍ | Dursun Parlak  | AB Darmstadt      |

Die Kassenprüfungen fanden jährlich statt: Für das Haushaltsjahr 2005 am 30.01.2006, für 2006 am 05.02.2007, für 2007 am 12.02.2008 und am 12.02.2009 für das Haushaltsjahr 2008. Die Prüfungen fanden alle in den Räumen der agah-Geschäftsstelle in Wiesbaden statt und führten zu keinen Beanstandungen.

### 2.4.6 AG „Weiterentwicklung der Ausländerbeiräte“

Bereits in den letzten Jahresberichten war zu lesen, dass sich die Delegierten und der agah-Vorstand zunehmend mit Fragen nach der Fort- und Weiterentwicklung der Ausländerbeiräte beschäftigten. Vor dem Hintergrund einer sinkenden Wahlbeteiligung bei der 2005er-

Wahl und den aktuellen integrationspolitischen Entwicklungen (Stichwort „Integrationsbeiräte“), erschien es dem Verband sinnvoll, eine Zukunftsdiskussion anzustoßen, die ihren Ursprung sogar schon in entsprechenden Plenumsanträgen und -beschlüssen aus dem Jahre 2003 zu verzeichnen hat.

Zur Konkretisierung und Umsetzung solcher und ähnlicher Beschlüsse votierte der agah-Vorstand für die Einberufung einer Arbeitsgruppe, die erstmalig am 10.03.2007 in Wiesbaden tagte und fortan AG „Weiterentwicklung der Ausländerbeiräte“ hieß.

Ein wesentliches Ziel der AG war es, Überlegungen bezüglich verschiedener Maßnahmen zur Weiterentwicklung der hessischen Ausländerbeiräte und zur Erhöhung der Wahlbeteiligung bei Ausländerbeiratswahlen anzustellen. Neben Fragen der Befugnisse und Kompetenzen, erörterten die AG-Mitglieder auch immer wieder verschiedene Modelle einer neuen Organisationsstruktur der Ausländerbeiräte. Hierbei wurde der Fokus insbesondere auf die Zusammensetzung der Ausländerbeiräte gelegt.

Aufgrund der fundamentalen Bedeutung solcher und ähnlicher Themenaspekte, kam es innerhalb der AG zu einem intensiven Arbeits- und Abstimmungsprozess, der auch immer wieder von Rückkopplungen mit dem agah-Vorstand und den agah-Delegierten geprägt war. Thematisiert wurden ferner auch entsprechende Entwicklungen oder Veränderungen in anderen Bundesländern und/oder Kommunen. Überlegenswert erschien es den AG-Teilnehmern zu prüfen, inwiefern sich solche Modelle auch auf Hessen übertragen ließen. Angesichts der Tatsache, dass die gesamte Thematik eines äußerst sensiblen Vorgehens bedurfte, verwundert es kaum, wenn schnelle Arbeitsergebnisse der AG eher Mangelware blieben. Viel wichtiger erschien es den Akteuren hingegen, einen Ort für entsprechende Überlegungen zu haben und in kleiner Runde konstruktiv und sachlich über Reformschritte nachzudenken. Diese Überlegungen mündeten dann in einem Diskussionspapier mit dem Titel „Integration als Kernaufgabe - Die Modernisierung der Ausländerbeiräte in Hessen“.

Es muss an dieser Stelle erwähnt werden, dass alle Mitglieder sehr kontinuierlich an den Sitzungen der AG teilgenommen haben und die Diskussion mit eigenen Ideen immer wieder vorantrieben.



Innerhalb des Berichtszeitraums kam es an folgenden Tagen zu AG-Sitzungen, die ausschließlich in den Räumen der agah-Geschäftsstelle in Wiesbaden stattfanden:

- ◆ 10.03.2007
- ◆ 15.06.2007
- ◆ 24.08.2007
- ◆ 26.10.2007
- ◆ 31.01.2009
- ◆ 16.05.2009
- ◆ 12.12.2009

Fehlende Sitzungstermine im Jahre 2008 sind darauf zurückzuführen, dass mit der Ausarbeitung des Diskussionspapiers „Integration als Kernaufgabe - Die Modernisierung der Ausländerbeiräte in Hessen“ im Jahre 2007 der unmittelbare Arbeitsauftrag beendet war.

Allerdings verstrich das Jahr 2008 nicht ungenutzt, sondern beginnend mit dem 27.02.2008 folgten eine ganze Reihe von Regionalkonferenzen zur Vorstellung und Erörterung des o.g. Diskussionspapiers bei den Ausländerbeiräten vor Ort.

Hier die entsprechenden Termine und Orte der Regionalkonferenzen im Gesamtüberblick:

- ◆ 20.02.2008 Hanau
- ◆ 27.02.2008 Rüsselsheim
- ◆ 27.02.2008 Kassel
- ◆ 28.02.2008 Darmstadt
- ◆ 05.03.2008 Bad Homburg vor der Höhe
- ◆ 12.03.2008 Wiesbaden
- ◆ 07.04.2008 Dietzenbach
- ◆ 23.04.2008 Frankfurt am Main
- ◆ 29.04.2008 Lich

Den Ausländerbeiräten wurde anschließend die Möglichkeit der inhaltlichen Rückmeldung gegeben, was bis Ende 2008 andauerte. Die entsprechenden Anmerkungen und/oder Ergänzungsvorschläge wurden innerhalb der AG auf den Sitzungen des Jahres 2009 thematisiert.

Aufgrund der komplexen Materie und ihrer enormen Bedeutung für die agah und die Ausländerbeiräte, ist zu erwarten, dass die AG auch über das Jahr 2009 hinaus weiter arbeiten wird.

### **2.4.7 AG „Ausländerbeiratswahl“**

Noch weit vor der nächsten Ausländerbeiratswahl, die am 7. November 2010 stattfinden wird, beschäftigten sich die agah-Delegierten und die Vorstandmitglieder mit der nächsten landesweiten Abstimmung über die Zusammensetzung unseres Gremiums.

Per Plenumsbeschluss vom 15.11.2008 wurde die Einberufung einer entsprechenden Arbeitsgruppe gefordert, die erstmalig zu ihrer konstituierenden Sitzung am 14.02.2009 in Bad Homburg vor der Höhe zusammentraf. Hier wurde zunächst Herr Samer Aboutara zum AG-Leiter bestimmt und dann der Arbeitsauftrag festgelegt. Letzterer bezog sich auf die möglichst frühzeitige Vorbereitung der 2010er-Wahl und umfasste Überlegungen zu den Aspekten Kandidatenmobilisierung, Wählermobilisierung und Informations- und Werbematerialien.

Die Frage der Kandidatenmobilisierung war eng verbunden mit der Bewertung der Ausländerbeiräte hinsichtlich ihres aktuellen bzw. prognostizierbaren Zustands. In einem ersten Arbeitsschritt wurden daher alle Ausländerbeiräte bewertet und kategorisiert. Auch die Orte, in denen bisher kein Ausländerbeirat existiert (obwohl eine Wahl hätte stattfinden können), wurden gemeinsam innerhalb der AG erfasst.

Zudem sicherte ein Mitglied der AG die Ausarbeitung eines Wahlkampfkonzeptes zu, das dann auf der AG-Sitzung am 09.05.2009 (ebenfalls in Bad Homburg vor der Höhe) den anderen Teilnehmern vorgestellt wurde.

Bereits auf dieser Sitzung zeichnete sich jedoch ab, dass der Wunsch nach einem zweitägigen Treffen bestand, um ohne Zeitdiktat intensiv arbeiten zu können. Das nächste AG-Treffen wurde daher als Wochenendworkshop konzipiert und fand am 31.10.2009 und 01.11.2009 in Gladenbach statt (vgl. Kapitel 6.2). Hier stießen auch agah-Vorstandmitglieder und Hauptamtliche hinzu und auf der Grundlage des besagten Wahlkampfkonzeptes wurden weitere Konkretisierungen

vorgenommen. Dies schloss auch Beschlussvorschläge bezüglich des Informations- und Werbematerials ein.

Auf diesem Wochenendworkshop wurde ferner dafür votiert, ein (möglichst mobiles) agah-Wahlkampfteam zu bilden, das insbesondere in Orten ohne existierenden Beirat agieren sollte. Einige Anwesende erklärten sich spontan dazu bereit, hier mitzuwirken. Leider konnte das Wahlkampfteam aber nicht über einen längeren Zeitraum etabliert werden. Zu zwei einberufenen Treffen erschienen leider kaum Teilnehmer, so dass von weiteren Treffen Abstand genommen wurde, was auch hinsichtlich der gesamten AG galt. Bei der AG war dies allerdings nicht weiter tragisch, da die Vorbereitung der 2010er-Wahl zunehmend zur Aufgabe der agah-Hauptamtlichen wurde, die nach entsprechenden Plenumsbeschlüssen alle notwendigen Dinge ab Ende 2009 in die Wege leiteten.

Lobend sei zum Abschluss erwähnt, dass einige der AG-Teilnehmer auf eigene Faust und/oder in 2er-Teams Mobilisierungsversuche in Orten unternahmen, in denen es bisher keine Ausländerbeiräte gibt. Hier bleibt zu hoffen, dass ihr Engagement erfolgreich war und Wahlvorschläge zur nächsten Beiratswahl eingereicht werden.

#### **2.4.8 AG „Geschäftsführer/innen“**

Die Arbeitsgruppe der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer war erneut im Berichtszeitraum die Gruppe, die sich durch eine hohe Konstanz ihrer Treffen hervorhob und vor allem regen Zulauf hatte. Bereits seit dem Jahr 2000 arbeiten die Hauptamtlichen kontinuierlich zu allen die Beiräte betreffenden relevanten Fragen zusammen und tauschen die örtlichen Erfahrungen aus.

Die AG tagte im Verlauf des Jahres 2006 zweimal (19.01., 31.10.), 2007 dreimal (13.02., 03.07., 30.10.), 2008 viermal (26.02., 27.05., 23.09., 02.12.) und 2009 erneut dreimal (12.05., 22.09., 01.12.).

Kurz nach den Ausländerbeiratswahlen 2005 stand zunächst der Austausch über die Erfahrungen im Vorfeld der Wahl und eine Bewertung des Ergebnisses im Mittelpunkt des Zusammentreffens. Ständige Programmpunkte der Treffen waren einerseits der Aus-

tausch über kommunale Entwicklungen vor Ort, andererseits die Information und Diskussion über integrationspolitische Themen auf Landesebene und die Arbeit der agah. Es ist gerade dieser regelmäßige Informations- und Meinungsaustausch, der über die Treffen hinaus positive und nachhaltige Wirkungen im täglichen Miteinander, für die Kommunikation und die Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der agah, besonders gezeigt hat.

Darüber hinaus wurden regelmäßig aktuelle integrationspolitische Themen wie Deutschpflicht im Kindergarten (Fall Dietzenbach), ausländische Jugendliche auf dem Ausbildungsmarkt oder der Nationale Integrationsplan behandelt. Ebenfalls spielten rechtliche Themen wie das Gleichbehandlungsgesetz, die Bleiberechtsregelung für Geduldete und Erfahrungen in der Umsetzung in Hessen, Fragen des Staatsangehörigkeitsrechts sowie die im Berichtszeitraum diskutierten Änderungen im Zuwanderungsgesetz eine gewichtige Rolle.

Eine Vertreterin des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung berichtete über Fortbildungsangebote für Kommunen, insbesondere zu Interkultureller Kompetenz.

Weitere Themenschwerpunkte waren die Situation kommunaler Migrantenvereine, die Weiterentwicklung der Ausländerbeiräte in Hessen sowie Aktionen und politische Forderungen der agah. Hier sind an erster Stelle die Kampagne zur Einführung des Kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige und das Aktionsprogramm zu den Landtagswahlen in 2008 und 2009 zu nennen.

Gegen Ende des Berichtszeitraums spielte die Vorbereitung und Koordination der Ausländerbeiratswahlen im November 2010 wieder eine dominierende Rolle in den Sitzungen.

Die Ergebnisse der Beratungen flossen regelmäßig in die politische Arbeit der agah, wie sie in Kapitel 3 beschrieben ist, mit ein. Die fortlaufenden Treffen der hauptamtlichen Geschäftsführer/innen haben erneut einen wichtigen Teil dazu beigetragen, dass der Kontakt der Beiräte untereinander und mit der agah gestärkt und gefestigt werden konnte.

#### **2.4.9 AG „Recht“**

Die AG „Recht“ (AG-Leiter: Mostafa Farman) tagte in den Jahren 2006 bis 2008 am 14.03.2006, 23.01.2007, 26.03.2007, 14.05.2007, 02.07.2007, 15.10.2007, 18.02.2008, 05.05.2008, 24.11.2008, 02.02.2009, 11.05.2009, 31.08.2009 und 26.10.2009 und beschäftigte sich wiederholt mit den Bestimmungen der Bleiberechtsregelung vom 17.11.2006 und der Altfallregelung im Aufenthaltsgesetz. Nach Startschwierigkeiten im Jahr 2006, in dem lediglich ein Sitzungstermin zustande kam, hat die AG-Recht in den Jahren 2007 bis 2009 regelmäßig zusammengefunden. Die Sitzungstermine fanden ausschließlich in Wiesbaden statt.

Aus der Arbeit der AG „Recht“ sind wichtige Impulse und Anregungen für den agah-Vorstand hervorgegangen und die AG konnte fachliche Vorbereitungen leisten. Für die AG-Teilnehmer/innen bestand daneben auch die Gelegenheit, sich in der AG durch kontinuierliche Beschäftigung mit ausländerrechtlichen Themen auf diesem Gebiet fortzubilden und die eigenen Kenntnisse zu erweitern (vgl. im Einzelnen Kap. 3.5 Ausländer- und Asylrecht).

#### **2.4.10 AG „Interreligiöser Dialog“**

Nachdem in der Delegiertenversammlung am 07.10.2006 ein Antrag der agah-Delegierten der KAV Frankfurt, Dr. Kurt und Erbas „Resolution zu den Äußerungen des Papstes“ gestellt und nach ausführlicher Diskussion zurückgenommen wurde, wurde Bedarf festgestellt, die Diskussion zum interreligiösen Dialog fortzusetzen. In der Folgezeit kam es daher zur Einrichtung der Arbeitsgruppe „Interreligiöser Dialog“, die am 01.02.2007 zur konstituierenden Sitzung in der agah-Geschäftsstelle zusammen kam.

Weitere Treffen fanden im Berichtszeitraum kontinuierlich statt, so am 01.02.2007, 12.04.2007, 21.06.2007, 23.08.2007, 01.11.2007, 19.01.2008, 15.03.2008, 31.05.2008, 16.08.2008, 15.10.2008, 26.11.2008, 28.01.2009, 08.04.2009, 01.07.2009, 21.10.2009.

In einer ausführlichen Diskussion wurden in der konstituierenden Sitzung am 01.02.2007 zunächst die Erwartungen und die möglichen

Aufgaben der AG - teilweise kontrovers - diskutiert. Von einigen Teilnehmer/innen wurde konstatiert, dass es viel zu wenig Wissen über die Religionen gebe, die Arbeit der AG einen Bezug zum tagtäglichen Leben haben und mehr miteinander diskutiert werden müsse. Mehrheitlich bestand Konsens darüber, dass nach einer Bestimmung der Ausgangs- und Problemlagen es vor allem Aufgabe der AG sein müsse, den politischen Dialog auf Landesebene voranzubringen. Es müssten politische Anregungen und Forderungen entwickelt werden, die das Zusammenleben der Religionen auf einer gleichberechtigten Basis verbessern. Die Basis der Arbeit in der AG müsse geprägt sein von einem Ansatz, der jeder Religion die gleichen Rechte und Gleichbehandlung zugesteht. Als AG-Leiterin wurde das agah-Vorstandsmitglied Sawsan Chahrour einstimmig gewählt, zum stellvertretenden AG-Leiter Dr. Hüseyin Kurt, KAV Frankfurt.

In der Sitzung am 12.04.2007 standen „Grundsätze und Zielsetzungen der AG“ im Mittelpunkt. Eine längerfristige Festlegung der Arbeitsschwerpunkte der AG wurde nicht als sinnvoll erachtet. Vielmehr sollte eine Liste möglicher, zu bearbeitender Themen geführt werden, aus der dann jeweils die konkreten Themen der folgenden Sitzung bestimmt werden.

Die Sitzung am 21.06.2007 widmete sich schwerpunktmäßig dem Thema „Das Bild der Muslime in den Medien“. Die Teilnehmer/innen beschäftigten sich mit den neueren medienpolitischen Entwicklungen im Bereich der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten und einer repräsentativen Studie der ARD/ZDF Medienkommission über das Mediennutzungsverhalten von Migrant/innen, die u.a. zu dem Ergebnis kommt, dass deutsche Medien alle Migrantengruppen gut erreichen.

Zwischen den AG-Mitgliedern bestand Einigkeit darüber, dass das Ziel der Verbesserung der Darstellung der Muslime mit folgenden Schritten voranzubringen sei:

Der Vertreter der agah im Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks wurde gebeten, über den Rundfunkrat eine Aufstellung über Sendungen des hr innerhalb der letzten 6 Monate anzufordern, die den Islam thematisieren und bestimmte Kriterien analog der Studie Hafez/Richter über das Gewalt- und Konfliktbild des Islams bei ARD und ZDF beinhalten sollte (etwa Titel der Sendung, Kategorien etc.)

Ferner wurde der Vorschlag einer Veranstaltung (Konferenz, Fachtagung oder Forum) zum Thema Islam und Medien behandelt, sowie Anträge an das agah-Plenum zur Einführung eines „Wort zum Freitag“, der Einführung eines „Integrationsbeauftragten beim hr“ und die Durchführung einer Tagung als Kooperationsveranstaltung der agah mit der KAV mit dem Titel „Die Zukunft der Muslime in Deutschland“ gestellt.

In der AG-Sitzung am 23.08.2007 stand das Thema „Islamischer Religionsunterricht an den Schulen“ im Fokus.

In den Sitzungen am 01.11.2007 und 19.01.2008 setzten sich die AG-Teilnehmer/innen mit der weiteren Planung der Tagung „Die Zukunft der Muslime in Deutschland“ auseinander sowie dem Teil Religion/ Islam des agah-Aktionsprogramms 2008 - 2013.

In der agah-Delegiertenversammlung am 24.11.07 wurde ein Antrag, der die Forderung nach Einberufung einer Hessischen Islamkonferenz beinhaltete, beschlossen. Mit der weiteren Bearbeitung, Konkretisierung und Konzeptionisierung des Beschlusses wurde vom Vorstand der agah wiederum die AG „Interreligiöser Dialog“ beauftragt.

In einer ausführlichen Diskussion wurde in der AG beschlossen, dass zwecks Vorbereitung zunächst Gespräche mit allen muslimischen Organisationen in Hessen und Gespräche mit der Landesregierung geführt werden sollten. Dabei war eine breite Basis in den muslimischen Gemeinschaften wichtig, um niemanden auszuschließen. Auswahlkriterium bei den muslimischen Gemeinschaften ist das Bekenntnis zum Islam. Einbezogen wurden jedoch nur Organisationen, die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen.

In den Folgesitzungen des Jahres 2008 war die AG „Interreligiöser Dialog“ inhaltlich weiterhin mit der sehr aufwändigen Vorbereitung der Tagungsreihe „Die Zukunft der Muslime in Deutschland“, als auch der Einberufung einer Hessischen Islamkonferenz beschäftigt. Die Forderung, bis zur Bildung eines Rats der Muslime und eines Forums „Islam“ eine Hessische Islamkonferenz einzuberufen, die gemeinsam von der Landesregierung und der agah organisiert wird, findet sich letztlich auch im agah-Aktionsprogramm „Integration“ 2008 bis 2013 wieder.

In den AG-Sitzungen des Jahres 2009 rückte das Thema „Jüdische Einwanderer“ in den Fokus.

Einen weiteren Diskussionspunkt in der AG-Sitzung am 21.10.09 stellte die Einführung von bekenntnisorientiertem islamischem Religionsunterricht dar. Seit Bestehen der neuen hessischen Landesregierung gibt es das Bestreben nach der Einführung von bekenntnisorientiertem islamischem Religionsunterricht gem. Art. 7 GG (vgl. Kapitel 3).

### **2.4.11 AG „Medien“**

Auf vielfachen Wunsch wurde im September 2007 die Einrichtung einer AG „Medien“ vom Vorstand beschlossen. Nicht nur die zunehmend wichtigere Rolle, die die Medien im Integrationsprozess einnehmen, oder die Tatsache, dass die agah seit vielen Jahren vor allem durch die Sitze im Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks und der Versammlung der Landesanstalt für den privaten Rundfunk sich medienpolitisch engagiert, sondern vor allem die Erkenntnis, dass es gerade in diesem Bereich noch erhebliche Defizite aufzuarbeiten gilt, lagen der Entscheidung zu Grunde, nicht nur im Vorstand, sondern auch mit Vertretern der kommunalen Beiräte an Vorschlägen und Lösungsansätzen zu arbeiten, wie die kulturelle Vielfalt der hessischen Bevölkerung in der Medienlandschaft besser zur Geltung kommen kann.

Zugleich sollte die Arbeitsgruppe als ein Forum für die Ausländerbeiräte und die agah dienen, um sich besser über Detailfragen zu diesem Themenbereich zu informieren. Daher wurden von Anfang an auch externe Experten mit einbezogen.

Das Themenspektrum, das es zu bearbeiten galt, reichte von der Programmgestaltung - beispielsweise des Hessischen Rundfunks - , über die Darstellung von Migrant/innen - aber auch des Islam - in Medien, bis hin zu mehr Journalisten mit Migrationshintergrund in den Redaktionen.

Die konstituierende Sitzung fand am 27. Oktober 2007 statt. Dabei wurde vereinbart, dass Ziel der AG ist, Vorschläge zu entwickeln,



die die Berichte in deutschen Medien attraktiver für Migrant/innen machen, sodass diese mehr auch von Menschen mit Migrationshintergrund genutzt werden. Dabei müssten auch spezifische Bedürfnisse von ethnischen Communities ihren angemessenen Platz finden und aufgezeigt werden, wie ein lebendiges Bild der kulturellen und ethnischen Vielfalt in den Medien so gestaltet werden kann, so dass sich die gesellschaftliche Wirklichkeit widerspiegelt und gleichzeitig Integration gefördert wird. Zudem sollten Strategien entwickelt werden, wie der Anteil von Migranten unter den Beschäftigten erhöht werden kann.

Zugleich wurde vereinbart, dass aufgrund der Aktualität des Nationalen Integrationsplans mit seinem medienpolitischen Schwerpunkt und den weitreichenden Selbstverpflichtungen u.a. der ARD, die Situation beim Hessischen Rundfunk und die Umsetzung der Selbstverpflichtungen dort als erstes Arbeitsthema festzulegen. Auch wurde die Planung einer Medienfachtagung angeregt.

In den Folgesitzungen am 17.12.2007, 07.04.2008 und am 05.05.2008 wurde dann ein Positionspapier zur Umsetzung des Nationalen Integrationsplans erarbeitet und verabschiedet. (vgl. dazu Kapitel 3.14)

Nachdem auch nach vier Sitzungen der AG, die Teilnehmer/innen der Arbeitsgruppe fast ausschließlich aus Vorstandsmitgliedern und externen Experten bestand, wurde vereinbart, die Diskussion über das medienpolitische Engagement der agah wieder primär im Vorstand unter Einbindung der externen Experten zu führen.

#### **2.4.12 AG „Jugend“**

Ein Antrag des KAV-Delegierten Dr. Hüseyin Kurt an die agah-Delegierten im März 2008, der sich auf das Thema „Jugendkriminalität unter Migranten“ bezog, mündete in der Einrichtung der AG „Jugend“. Sie trat am 16.06.2008 erstmals zusammen. Bereits auf die Einladung zu der konstituierenden Sitzung war die Resonanz verhalten, (lediglich vier Teilnehmer/innen). Als AG-Leiter wurde einstimmig Mostafa Farman (agah-Vorstand), als Stellvertreterin einstimmig Kalliopi Tafrali (AB Bad Homburg) gewählt. Zu möglichen Arbeitsthemen der AG über das Thema Jugendkriminalität hinaus, fand in der

Sitzung ein intensiver Meinungs austausch der AG-Teilnehmer/innen statt. Dabei wurden Probleme hinsichtlich der Integration und dem Zusammenleben von ausländischen und deutschen Jugendlichen in Schulen angesprochen, Gruppenbildung, Vorurteile auf beiden Seiten, das Zustandekommen von Vorurteilen sowie Möglichkeiten, diese abzubauen. Auch die Nachbereitung von schulischem Unterrichtsstoff mit Hilfe der jeweiligen Eltern und die Frage, ob Migrant/innen dies leisten können, wurden debattiert.

Im Ergebnis wurden folgende Themen, die in der AG behandelt werden könnten, festgehalten:

- ◆ Schule, insbesondere Gruppenbildung, Mobbing, Benachteiligung aufgrund ethnischer Herkunft, Unterstützung durch die Eltern, Hausaufgaben und Überforderung
- ◆ Ausbildung
- ◆ Studium
- ◆ Freizeitangebote
- ◆ Jugendkriminalität

Zwar waren weitere Sitzungstermine am 25.09.08 und 01.12.08 geplant, zu denen auch eingeladen wurde. Nachdem keine bzw. lediglich eine Anmeldung hierfür zu verzeichnen waren, wurden sie jedoch im Einvernehmen mit dem AG-Leiter abgesagt. Ende des Jahres 2008, in der Sitzung am 03.12.2008, traf der agah-Vorstand die Entscheidung weitere Sitzungen der AG „Jugend“ mangels Interesse in den Ausländerbeiräten nicht mehr vorzusehen.

### **2.4.13 AG „Ausländische Gewerbetreibende“**

Die Einrichtung einer AG „Ausländische Gewerbetreibende, Jobmaschine und wichtiger Teil der deutschen Wirtschaft“ ist auf eine Initiative des Ausländerbeirates Friedrichsdorf vom Februar 2009 zurückzuführen. Migrant/innen, die sich in Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiet stark engagieren, bekommen dennoch oftmals nicht den Stellenwert zugebilligt, den sie eigentlich verdient hätten. Die ökonomischen Aspekte der Zuwanderung und der Beitrag der Migrant/innen zum wirtschaftlichen Wohlergehen Deutschlands

brauchen verstärkte öffentliche und politische Berücksichtigung. Hierzu möchte die AG „Ausländische Gewerbetreibende“ einen Beitrag leisten. Die konstituierende Sitzung fand am 06.05.2009 statt, weitere Treffen folgten am 09.07.2009 und 09.11.2009. Zum AG-Leiter wurde Renzo Sechi (AB Friedrichsdorf) gewählt (vgl. im Einzelnen Kap. 3.9).

#### **2.4.14 Sonstige Arbeitsgruppen**

Nach der Ausländerbeiratswahl im Jahre 2001, die sich insbesondere durch geringe Wahlbeteiligung auszeichnete, kam es innerhalb des Verbandes zu einer intensiven Auseinandersetzung mit der Frage, welche Zukunft das Modell „Ausländerbeirat“ habe. In einem ersten Schritt wurde die 2001er-Wahl systematisch analysiert. Dies beinhaltete auch eine breit angelegte, hessenweite Befragung von Migrant/innen zum Thema „Ausländerbeirat“ (vgl. Ausführungen im Jahresbericht 2002/2003). Die hierbei gewonnenen Ergebnisse flossen in den innerverbandlichen Meinungsbildungsprozess ein und wurden auch im Vorstand diskutiert.

Als breiteres Forum diente zudem die AG „Ergebnis und Verlauf der Ausländerbeiratswahl“. Sehr schnell zeichnete sich ab, dass der hier zur Diskussion stehende Sachverhalt verschiedene Ebenen hatte. Zum einen ging es darum, die Ausländerbeiräte von innen heraus zu reformieren. Zum anderen gab es aber auch Bestrebungen, die Zukunftsfähigkeit der Ausländerbeiräte durch eine Anpassung des rechtlichen Rahmens zu erhalten. Letzteres war in den Jahren 2002/2003 Aufgabenbereich der damals noch existierenden AG „Kommunalrecht“. Die damaligen Überlegungen bildeten in 2003 das Grundgerüst für den vom agah-Vorstand eingebrachten Antrag Nr. 03003 mit dem Titel „Zukunft der Ausländerbeiräte“.

Den gleichen Namen trug auch eine Arbeitsgruppe, die sich 2003/2004 aus der früheren AG „Kommunalrecht“ fortentwickelte. Sie tagte in unregelmäßigen Abständen und in unterschiedlicher Zusammensetzung in der agah-Geschäftsstelle. Ziel der AG war es, den durch den o.g. Antrag initiierten Erörterungsprozess mit konkreten Vorschlägen und inhaltlichen Ausarbeitungen zu unterstützen. Die AG-Teilnehmer/innen trafen sich am 24.01.2004 zu ihrer letzten

Sitzung. Danach wurde die gesamte Thematik zentraler Bestandteil der Arbeit der AG „Geschäftsführer/innen“ (vgl. Kapitel 2.4.8).